

Veranstaltungsbericht

Podiumsdiskussion:

1961 | 1989: Medien-Macht-Öffentlichkeit. Der Mauerbau im Spiegel der internationalen Medien

6. November 2017 | 18.30 Uhr | Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Straße 119, 13355 Berlin

Nachdem im ersten Teil der Doppelveranstaltung „Medien-Macht-Öffentlichkeit“ der Gedenkstätte Berliner Mauer und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im August Historiker und Journalisten über die mediale Verarbeitung des Baus der Berliner Mauer diskutierten, thematisierte der zweite Teil den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 als internationales Medienereignis. Die Zeitzeugen und damals aktiven Berichtersteller, wie der Direktor der Stiftung Berliner Mauer Prof. Dr. Axel Klausmeier die Podiumsteilnehmer vorstellte, erzählten in persönlichen Anekdoten über ihre eigenen Erfahrungen und diskutierten über die öffentliche Wahrnehmung dieses bedeutenden historischen Ereignisses in beiden Teilen Deutschlands sowie im benachbarten Ausland. Im gut gefüllten Seminarraum des Besucherzentrums der Gedenkstätte in der Bernauer Straße standen zum einen die Bedeutung des Mauerfalls für allgemeine Werte wie Freiheit und Demokratie und seine Auswirkungen auf die jeweiligen Nationalgeschichten, zum anderen die Beurteilung der Chancen für die Wiedervereinigung in Ost und West im Zentrum der Podiumsdebatte. Als besondere Gäste im Publikum durften die Veranstalter eine Delegation aus Albanien begrüßen, die sich mit der deutschen Aufarbeitung der kommunistischen Verbrechen beschäftigt.

„Wir alle erinnern uns an die bewegenden Bilder vom 9. November 1989, aber auch an die aus den Wochen und Monaten davor und danach“. Mit diesen Eröffnungsworten machte Axel Klausmeier deutlich, dass der Fall der Berliner Mauer nicht nur ein historisches, sondern auch ein bedeutendes Medienereignis war. Für das ganze Jahr 1989 seien Bilder, Berichte, Fernsehbeiträge und Interviews, die den Menschen in der Bundesrepublik, aber auch in der DDR die politischen Vorgänge näher brachten, prägend gewesen – man denke beispielsweise an die Demonstrationen vom 9. Oktober 1989 in Leipzig oder am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz, über die nur Stunden später im westdeutschen Fernsehen berichtet wurde. Wie mit Medien Politik gemacht werden könne und welche Auswirkungen das habe, solle im folgenden Gespräch der vier teilweise noch aktiven Journalisten auf dem Podium verdeutlicht werden.

Zu einem zentralen Thema der Diskussion wurden die damals öffentlich geführten Debatten zu einer möglichen deutschen Wiedervereinigung und damit einhergehend sowohl die unterschiedlichen Positionen von Politikerinnen und Politikern sowie Journalistinnen und Journalisten, als auch die gesellschaftlichen Stimmungen zu dieser Frage. So bat die Moderatorin des Abends, die Journalistin und Historikerin Dr. Jaqueline Boysen, die vier Podiumsteilnehmer von den Reaktionen auf die Maueröffnung in ihren jeweiligen Redaktionen zu berichten – insbesondere vor dem Hintergrund der Gewöhnung an die Mauer in beiden deutschen Staaten. Sergej Lochthofen, ehemaliger Chefredakteur der SED-Zeitung *Das Volk* im Bezirk Erfurt und dessen unabhängigem Nachfolgemedium *Thüringer Allgemeine*, antwortete mit einer anschaulichen Beschreibung der damaligen Stimmung in seiner Redaktion: Ähnlich wie viele Aktivistinnen und Aktivisten der Bürgerrechtsbewegung seien auch die Journalistinnen und Journalisten in der DDR überzeugte Sozialisten gewesen: „Reformieren, es anders machen, den demokratischen Sozialismus probieren“, das sei vorstellbar gewesen, aber nicht eine Wiedervereinigung beider deutscher Staaten. Allerdings habe die Situation eine solche Dynamik entwickelt, dass die Journalistin-

nen und Journalisten „gar nicht mehr hinterherkamen mit dem Schreiben, da das was gestern noch gedruckt wurde, am nächsten Tag nicht mehr aktuell war“.

In westdeutschen Medien sei dagegen das Thema Wiedervereinigung bereits kurz nach dem Mauerfall vorsichtig angesprochen worden, erläuterte Peter Pragal, der seit 1974 zunächst für die *Süddeutsche Zeitung*, von 1984 bis 1990 für das Wochenmagazin *Stern* Korrespondent in Ost-Berlin war, mit Verweis auf einen Leitartikel aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* aus dieser Zeit. Dennoch sei die westdeutsche Zeitungslandschaft zu dieser Frage gespalten gewesen: „Natürlich hat die *taz* das anders intoniert. Sie hatte mehr Sympathien mit der Bürgerrechtsbewegung und war der Meinung, die DDR ließe sich mit dem Ziel, ein demokratisch-sozialistischer Staat zu werden, reformieren.“ Die „bürgerlichen“ Zeitungen jedoch, so Pragal, hätten dies anders analysiert. Für sie sei der SED-Staat „wirtschaftlich, politisch und moralisch bankrott“ gewesen, das System sei bei offener Grenze auf Dauer nicht zu halten und somit auch nicht reformierbar gewesen. Ihm selbst seien allerdings vielmehr die Befürchtungen und Vorbehalte gegenüber einer Wiedervereinigung in westeuropäischen Nachbarstaaten in Erinnerung geblieben.

Diese beschrieb der ehemalige Redakteur der französischen Nachrichtenagentur *Agence France-Presse (AFP)* Jean-Luc Testault aus der Perspektive seines Heimatlandes mit einem Zitat des Schriftstellers François Mauriac: „Ich liebe Deutschland so sehr, dass ich zwei davon haben möchte.“ Sowohl die französischen Medienvertreterinnen und -vertreter, als auch die Regierung fürchteten um das europäische Gleichgewicht, sollte es zur deutschen Einheit kommen. „Bis 1989 war Deutschland wirtschaftlich stark und Frankreich politisch stark. Mit der Einheit würde Deutschland jedoch politisch und wirtschaftlich stärker als Frankreich werden“, beschrieb Testault die französischen Vorbehalte gegenüber einer Wiedervereinigung. Dennoch hätten die französischen Journalistinnen und Journalisten keinen Zweifel daran gehabt, dass der Prozess vom Mauerfall zur deutschen Einheit relativ schnell abgeschlossen sein würde. In der Bevölkerung habe es sogar viele Menschen gegeben, die sich für die Deutschen gefreut hätten und selbst nach Berlin gefahren seien, um das „Ende des Kommunismus“ mitzuerleben, so Testault, der im November und Dezember 1989 als Sonderkorrespondent der *AFP* in Berlin tätig war.

Eine weitere internationale Perspektive zu den Ereignissen rund um den 9. November 1989 brachte der polnische Journalist Adam Krzeminski in die Diskussion ein, der seit 1973 als Redakteur der Wochenzeitung *Polityka* tätig ist. Polen sei zum Zeitpunkt des Mauerfalls im Zuge der *Solidarność*-Bewegung sehr mit seiner eigenen Schocktherapie und seinem eigenen Reformprozess beschäftigt gewesen, erläuterte Krzeminski die Situation in seinem Heimatland zu dieser Zeit. Allerdings seien sich Politik und Medienschaffende bewusst gewesen, dass die Zukunft Polens unmittelbar mit den Entwicklungen in Deutschland zusammenhänge, da die DDR in Polen auch als eine Absicherung der Oder-Neiße-Grenze wahrgenommen wurde. So habe es scharf geführte Diskussionen in den polnischen Medien dazu gegeben, ob eine deutsche Wiedervereinigung im polnischen Interesse läge. Prägend für die öffentliche Meinung seien dabei die Positionen der *Solidarność*-Aktivisten gewesen. „Man vertraute der *Solidarność* sowohl in der Frage der Schocktherapie, als auch in der Frage der Wiedervereinigung“, erläuterte der Journalist die damals in Polen überwiegende Sympathie für die deutsche Einheit.

Zum Ende der Podiumsdiskussion kam die Frage nach den aktuellen Entwicklungen der deutschen Medienlandschaft im Zuge der Wiedervereinigung und damit einhergehend auch die Identitätsfrage zur Sprache. Bis auf die *Bild* habe sich nämlich keine der großen westdeutschen Tages- oder Wochenzeitungen auf Dauer im Osten des Landes durchsetzen können, erklärte Segej Lochthofen: „Die Betrachtungen aus Frankfurt, München oder Hamburg zu dem, was im Osten passiert, sind bis zum heutigen Tag in einer Form der Auslandskorrespondenz geschrieben“, führte der ehemalige Journalist seinen kritischen Standpunkt gegenüber *FAZ*, *SZ*, *Zeit* und anderen aus. Dadurch gäbe es zwar eine größere Hinwendung zu regionalen Zeitungen, allerdings in weiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung auch eine Verweigerung, sich am aktuellen Diskurs des Landes zu beteiligen.

Denn die Realitäten in Frankfurt, München und Hamburg seien auch heute noch ganz andere als in Gera oder Hoyerswerda. Im extremsten Falle äußere sich dies im Zulauf zu Bewegungen wie *Pegida* oder Sympathien für die *AfD*. Mitverantwortlich für diese Entwicklungen seien unter anderem eine noch nicht geklärte Identitätsfrage in Ostdeutschland, so Lochthofen.

Lukas Wiczorek